

# Das Volk, der Lümmel

Von Heribert Prantl

Die europäische Hauptstadt Brüssel ist wie Schilda - nur viel größer. In Brüssel also wird Europa so entworfen wie einst in Schilda das dreieckige Rathaus: Die Schildbürger hatten sich den Plan dazu vom Schweinehirten machen lassen, der sich stolz rühmte, schon den schiefen Turm von Pisa erbaut zu haben. Sie bauten also mit Fleiß und Stolz. Bei der feierlichen Einweihung geschah es dann: Es gab ein fürchterliches Durcheinander. Die, die schon drin waren, wollten wieder heraus. Die, die draußen standen, wollten noch hinein. Man stellte fest, dass es im Rathaus stockdunkel war. Und also ging man daran, den Mangel so zu beheben: Man hielt auf dem Marktplatz Kartoffelsäcke gegen das Licht, band sie schnell zu und trug sie ins Rathaus. Aber so sehr man sich auch mühte - es wurde nicht heller.

## Plebiszit - jetzt oder nie!

Den Schildbürgern darf man zu Gute halten, dass sie ein wenig dumm waren und zu wenig nachdachten. In Brüssel ist das anders: Dort vergisst man das Licht absichtlich. Man baut ein gewaltiges europäisches Haus ohne Demokratie - und redet zugleich heuchlerisch vom „Europa der Bürger“. Es ist in Wahrheit ein Europa ohne Bürger, ein Elite-Europa, das Bürger nur dann braucht, wenn sie alle fünf Jahre das Europaparlament wählen sollen (das im Übrigen immer noch zu wenig zu sagen hat). Die Parlamente sind Zuschauer einer Verhandlungsnummer, bei der die nationalen Regierungen, wenn sie sich nach Brüssel begeben, in ein anderes Kostüm schlüpfen - zu Haus sind sie Exekutive, in Brüssel spielen sie Legislative. Mit Gewaltenteilung lässt sich das kaum vereinbaren. Die Europawahlen sind daher derzeit nicht viel mehr als eine demokratische Übung in einem undemokratischen Gelände. Die EU ist so konstruiert, dass man sie in die EU mangels demokratischer Substanz nicht aufnehmen würde, wenn sie ein Beitrittsland wäre.

"Die Verfassung, die wir haben, heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist": Dieses Zitat des griechischen Historikers Thukydides leitet die Präambel des europäischen Verfassungsentwurfs ein. Wie lässt sich Demokratie in einer Union von bald 450 Millionen Bürgern verwirklichen? Am besten damit, dass man damit endlich anfängt - und den Verfassungsentwurf den Europäern zur Abstimmung vorlegt. Die Legitimation der Verfassung durch ein europaweites Referendum oder zumindest durch Abstimmungen in allen Mitgliedsstaaten ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit: In einer Demokratie wird dem Volk die Verfassung nicht unter Blitz und Donner vom lieben Gott dargereicht, auch nicht von den Regierungschefs auf einem EU-Gipfel gegeben. Eine Verfassung wird stets vom Souverän in Kraft gesetzt - im autoritären Regime durch Oktroi des Herrschers, in Demokratien durch das Volk; in Deutschland war das 1949 etwas anders, weil das Land noch nicht souverän war.

Die Abstimmung über die Verfassung wäre ein guter Einstieg in ein neues europäisches Bewusstsein. Als EU-Kommissar Günter Verheugen vor vier Jahren anregte, bei epochalen Fragen wie der Osterweiterung künftig das Volk entscheiden zu lassen, erschien das vielen Kritikern als waghalsig, todgefährlich, absurd. Die Reaktionen reichten von "kompletter Unsinn" bis "kranke Idee". Es mag sein, dass die Kritiker glaubten und glauben, sie müssten Europa vor den Europäern schützen, sie müssten das Volk vertrösten, auf später, auf irgendwann: Es ist dies, so hat Heinrich Heine einst gedichtet, "das alte Entsagungslied, das Eiapopeia vom Himmel, womit man einlullt, wenn es greint, das Volk, den großen Lümmel". Europa sei noch zu jung, um es den Stürmen der Demokratie auszusetzen, etwa so argumentiert die Bundesregierung. Man will Europa offenbar noch eine Zeit lang keimfrei unter dem Sauerstoffzelt aufpäppeln. Dann aber kann es passieren, dass das, was darunter heranwächst, von den Bürgern als Fremdkörper abgelehnt wird. Je mehr Brüssel den Menschen misstraut, umso mehr werden diese Europa misstrauen.

In Sonntagsreden und im Koalitionsvertrag proklamieren Grüne und Sozialdemokraten die Einführung des Plebiszits auf Bundesebene. Wenn sie nun aber eine Volksabstimmung über die EU-Verfassung ablehnen, zeigen sie damit, dass sie sich selber nicht ernst nehmen. Man kann dann das Projekt direkte Demokratie auf Bundesebene für lange Zeit als gescheitert betrachten. Das heißt also: Plebiszit jetzt - oder nie! Ein Scheitern wäre fatal, weil die deutsche Verdrossenheits-Demokratie eine partizipatorische Revolution braucht. Die repräsentative Demokratie braucht fruchtbare Ergänzung und Belebung.

In diesem Zusammenhang gilt es mit zwei Märchen und Mythen aufzuräumen. Märchen eins, oft widerlegt, aber immer noch im Umlauf: Die Weimarer Republik sei an ständigen Volksabstimmungen zu Grunde gegangen. Mythos zwei: Volksabstimmungen hätten stets eine reaktionäre Schlagseite. Beides ist falsch. Erstens: Weimar ist an der Unfähigkeit der Parteien gescheitert. Über das Ermächtigungsgesetz haben nicht die angeblich dummen Bürger, sondern die Parlamentarier abgestimmt; zugestimmt hat dabei auch der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, von dem der Satz stammt, Plebiszite seien eine Prämie für Demagogen.

Zwischen 1919 und 1933 sind insgesamt acht Volksbegehren eingeleitet worden, nur zwei gelangten zur Abstimmung. Das einzige, das von den Rechtsparteien und den Nazis getragen wurde, scheiterte am Volk - nur 14 Prozent stimmten gegen den Young-Plan zur Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen, gegen den aufgerufen worden war. Bittere Erfahrungen gab es also nicht mit dem Plebiszit, sondern mit dem Weimarer Parlamentarismus.

### **Belebung der Demokratie**

Zweitens: Plebiszite gehen nicht automatisch konservativ oder reaktionär aus. 1971 wurde in der Schweiz per Volksinitiative der Umweltschutz in die Verfassung eingeführt; in Deutschland geschah das, ohne Volksabstimmung, erst 1994. In Bayern wurde 1998 per Volksentscheid der Senat abgeschafft. Konservativ? Reaktionär? Im Übrigen wird das Bundesverfassungsgericht darüber wachen, dass die unantastbaren Werte des Grundgesetzes gewahrt bleiben. Die Einführung von fremdenfeindlichen und diskriminierenden Gesetzen wäre so ausgeschlossen wie die Todesstrafe.

Nach den Chaostagen bei der Nominierung des Bundespräsidentenkandidaten wäre auch zu überlegen, ob der Bundespräsident - allen staatsorganisatorischen Vorbehalten zum Trotz - nicht doch, statt von Westerwelle-Merkel-Stoiber, vom Volk gewählt werden soll. Das repräsentative System hat keinen Anlass, dagegen zu rasonieren; es darf sich genieren, über den Wahlakt am 23. Mai hinaus.

Zurück nach Schilda: Dort hat man es am Schluss doch noch kapiert, dass man Fenster braucht; sie wurden rasch in die Mauern gebrochen. Die Repräsentanten der repräsentativen Demokratie können sich also daran ein Beispiel nehmen.

*Quelle: Süddeutsche Zeitung  
Nr.95, Samstag, den 24. April 2004, Seite 4*